



**Wahlkreis:**

Moltkestr. 56, 33330 Gütersloh

Tel 05241 917 09 31

Fax 05241 752 40

E-Mail [ralph.brinkhaus@bundestag.de](mailto:ralph.brinkhaus@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

## **Stephanuskreis der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich für verfolgte Christen ein – Auch Ralph Brinkhaus ist Mitglied**

Das Bombenattentat in einer ägyptischen Kirche am Neujahrsmorgen, ständiger Terror gegen Christen im Irak, religiös motivierte Ausschreitungen in Indien - die nicht abreißende Anschlagserie ist Beleg für die schwierige Situation von Christen in aller Welt, für deren Anliegen der 2010 gegründete Stephanuskreis der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion sich einsetzt.

Der Kreis hat 28 Mitglieder - darunter auch der heimische Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus: „Das wichtigste Anliegen des Stephanuskreises ist die Religionsfreiheit, insbesondere die Situation verfolgter Christen. Ich bin Mitglied geworden, weil es mich persönlich sehr traurig stimmt, dass Religionsfreiheit in vielen Ländern noch immer ein Fremdwort ist. Leider sind es besonders oft kleine christliche Gemeinden, die Opfer von Gewalt und Verfolgung werden.“

Dass die Zielsetzung und die Arbeit des Arbeitskreises aktueller und wichtiger denn je ist, davon konnte sich kürzlich seine Sprecherin Ute Granold, MdB, Obfrau der Union im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages, während eines Solidaritätsbesuch in Kairo im Gespräch mit betroffenen Kopten selbst überzeugen. Auf ihre Initiative hin hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im April 2010 den Kreis gegründet.

Durch Gespräche mit Betroffenen und mit Experten möchte der Stephanuskreis die Fraktion für aktuelle und grundsätzliche Aspekte dieser Thematik sensibilisieren. Die Verfolgung religiöser Minderheiten wird im Rahmen von Delegationsreisen auch in Gesprächen mit Regierungsvertretern und Kirchenführern vor Ort thematisiert.

2010 hat sich der Stephanuskreis vor allem mit der Situation der religiösen Minderheiten in der Türkei und in Indien befasst. Weitere Schwerpunkte sind „Diffamierung der Religion“ und das „Recht auf Mission und Glaubenswechsel“.